

Bürgerschaftliches Engagement und Energiewende

Mit den Beschlüssen zum Energiekonzept und zur Energiewende hat Deutschland in der vergangenen Legislaturperiode ein ehrgeiziges energiepolitisches Programm auf den Weg gebracht. Wir haben frühzeitig erkannt, dass es zum Ausbau der erneuerbaren Energien keine sinnvolle Alternative gibt. Unser Land nimmt damit eine weltweit einzigartige Vorreiterrolle ein. Ziel ist die weitgehende Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz sowie die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Gleichzeitig müssen die Bezahlbarkeit und Sicherheit der Energieversorgung jederzeit gewährleistet sein. Deutschland soll als Wirtschafts- und Technologiestandort für die Zukunft fit gemacht, neue Wachstumsfelder und Zukunftsmärkte sollen erschlossen, die Abhängigkeit von knapper werdenden fossilen Rohstoffen reduziert und ein angemessener Beitrag zum internationalen Klimaschutz geleistet werden.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD schreibt die ambitionierten energiepolitischen Ziele der letzten Legislaturperiode fort. Die erneuerbaren Energien sollen im Strombereich bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent, bis zum Jahr 2035 sogar auf 55 bis 60 Prozent ausgebaut werden. Von einem Ausbremsen der Energiewende oder einer Erdrosselung der erneuerbaren Energien - wie die Grünen dies anprangern - kann somit keine Rede sein.

Mit einem Anteil von rund 25 Prozent an der Stromerzeugung ist Ökostrom schon heute kein Nischenprodukt mehr, sondern ein bedeutsamer Teil des Marktes. Das ist ein großer Erfolg.

Positive Effekte des Ausbaus der erneuerbaren Energien für die Gesellschaft sind unter anderem die Schonung knapper Ressourcen, Innovationsimpulse für den Anlagenbau erneuerbarer Energien, Stärkung dezentraler Strukturen und damit auch regionaler Wertschöpfung und die Verminderung der Importabhängigkeit und Stärkung der Versorgungssicherheit.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind jedoch besorgt wegen der steigenden Energiekosten. Diese drohen die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende zu gefährden. Die Verbraucher zahlen inzwischen jedes Jahr rund 24 Milliarden Euro

allein für die Förderung der erneuerbaren Energien. Das ist mehr als das Dreifache des Länderfinanzausgleichs. Hinzu kommen steigende Kosten u.a. für den notwendigen Ausbau der Versorgungsnetze oder für die Bereitstellung von Ersatzkraftwerken für den Fall, dass die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht.

Bei der grundlegenden Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) wird es deshalb insbesondere darum gehen, den weiteren Kostenanstieg spürbar zu bremsen, die Kosten gerechter zu verteilen, den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Netze planvoll zu steuern und die Marktintegration der erneuerbaren Energien voranzutreiben.

Der Umbau der Energieversorgung wird nur gelingen, wenn wir dafür die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gewinnen.

Die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, sich an der Energiewende zu beteiligen, sind vielfältig. Die Bürger können erneuerbare Energien nutzen, indem sie entweder selbst erneuerbaren Strom produzieren oder solchen Strom beziehen, der die Energiewende nachweislich unterstützt. Zahlreiche Bürger beteiligen sich auch an Bürgersolaranlagen oder -windparks. Auch die Zahl der Energiegenossenschaften steigt weiter an.

Für die Investition in energieeffiziente Sanierung von Gebäuden und erneuerbare Energien für Wärme stehen viele Fördermöglichkeiten im Rahmen der KfW-Programme und im Rahmen des Marktanzreizprogramms zur Verfügung.

Mit der Bundesnetzplanung gibt es zudem Möglichkeiten, frühzeitig am Ausbau der Energienetze teilzuhaben.

Im Rahmen der Plattform Erneuerbare Energien, die das Bundesumweltministerium im April 2012 gestartet hat, entwickeln Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsame Lösungen für die Herausforderungen, die sich mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verbinden.

Im Mittelpunkt des Dialogforums Energieeffizienz, das im April 2013 vom Bundeswirtschaftsministerium ins Leben gerufen wurde und Vertreter aus Bund, Ländern, Wirtschaft und Verbraucherverbänden an einen Tisch bringt, stehen Fragen der Steigerung der Energieeffizienz.

Da die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe darstellt, bleibt der kontinuierliche Austausch mit allen an der Energiewende beteiligten

Akteuren daher unerlässlich, um eine hohe Transparenz und Akzeptanz sicherzustellen.

Eberhard Gienger ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Kontakt: eberhard.gienger@bundestag.de